

Dr. Magnus Brunner, LL.M.
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.089.311

Wien, 29. März 2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 17745/J vom 31. Jänner 2024 der Abgeordneten Christian Hafenecker, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die im Pandemiezeitraum zwischen März 2020 und Juni 2023 vom Bundesminister für Finanzen in Form von Richtlinien erlassenen Beihilfenregelungen zur Gewährung von nichtrückzahlbaren Direktzuschüssen fußen mit Ausnahme des Fixkostenzuschuss I (BGBl. II Nr. 225/2020 idgF) auf der Mitteilung der Europäischen Kommission „Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19“ vom 19. März 2020 (C(2020) 1863) in der Fassung der 6. Änderungsmitteilung vom 18. November 2021 (C(2021) 8442).

Der Befristete Rahmen diente als Leitfaden für nationale Beihilfenregelungen, um eine Genehmigung der Kommission als zuständige Behörde in Beihilfensachen zu erhalten. Insbesondere enthält er neben Bestimmungen zum zulässigen Beihilfenhöchstbetrag, Kumulierungsbestimmungen, Berechnungsmethoden zur Verlustermittlung und Mindestverzinsungen für Garantien und Darlehen auch Sonderbestimmungen für

Unternehmen in Schwierigkeiten, für landwirtschaftliche und Fischereibetriebe, für Kleinst- und Kleinunternehmen sowie Unternehmen, die in mehreren Sektoren tätig sind. Zur Definition der wirtschaftlichen Einheit als Beihilfensubjekt trifft der Befristete Rahmen keine Aussage.

Folgt man dem Wortlaut bei der Auslegung des Befristeten Rahmen – als grundsätzliche Auslegungsmethode bei der Anwendung von Rechtsnormen – erscheint eine Betrachtung des Unternehmensverbundes bei der Berechnung der Beihilfenhöchstgrenzen anstatt des Einzelunternehmens vordergründig nicht zwingend. Aus diesem Grund bezog sich das Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) bei der Ausgestaltung der Förderrichtlinien auch auf das Einzelunternehmen, galt es doch in der kritischen Pandemiezeit den österreichischen Unternehmen rasch und nachhaltig zu helfen. Die individuellen Fördersummen sollten den Bestand von Einzelunternehmen sichern, Insolvenz abwehren und Arbeitsplätze erhalten.

Folgend der – nicht vom Befristeten Rahmen erwähnten – Rechtsprechung der Unionsgerichte in Beihilfensachen wird nicht allgemein auf den Unternehmensverbund bei der Ermittlung der wirtschaftlichen Einheit abgestellt. Somit sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen selbst bei Konzernverbundenen Unternehmen eine Einzelbetrachtung erfolgen kann. Zudem weicht der Begriff der Unternehmensgruppe nach dem österreichischen Unternehmensrecht (UGB) von jenem Begriff ab, den die Europäische Kommission heranzieht (wirtschaftliche Einheit).

Mit der Entscheidung SA.108173 vom 10. August 2023 genehmigte die Kommission eine Beihilfenregelung, mit der ein rechtskonformer Zustand für Beihilfen hergestellt werden sollte, die zu einer Überschreitung von Beihilfenhöchstbeträgen bei verbundenen Unternehmen geführt haben. Zur Wirksamkeit muss die Beihilfenregelung jedoch auch in nationales Recht umgesetzt werden, dies sollte im Sinne des § 3b Abs. 3 ABBAG-Gesetz durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen im Einvernehmen mit dem BMKÖS erfolgen.

Trotz aller Bemühungen konnte bislang keine Zustimmung des Vizekanzlers hergestellt werden (§ 3b Abs. 3 ABBAG-Gesetz sieht zwingend eine Einvernehmensherstellung vor).

Sollte es zwischen den beiden Ressorts zu keiner finalen Einigung kommen, müssten Beihilfen von verbundenen Unternehmen bei Überschreitung der Beihilfenhöchstgrenzen von 2,3 Mio. Euro bei sog. begrenzten Beihilfenbeträgen (d.h. Umsatzersatz,

Ausfallsbonus, Fixkostenzuschuss 800.000 und 100%-Garantien) bzw. von 12 Mio. Euro beim Verluſtersatz zurückgefordert werden.

Zu 2. bis 4.:

Mit Stand 29. Jänner 2024 gibt es 133 Unternehmensverbünde, deren Anträge aufgrund einer Überschreitung der Beihilfenhöchstgrenzen im Unternehmensverbund nicht ausbezahlt werden können.

Betroffene Unternehmen erhielten folgende Hilfsinstrumente:

Beihilfeninstrument	Anzahl ausbezahlte Anträge	Summe ausbezahltes Volumen in Euro
ÖHT 100% Garantie	8	2.970.000,00
AWS 100% Garantie	16	5.596.419,00
Ausfallsbonus	2.632	122.768.087,75
FKZ 800.000	147	59.718.139,18
FKZ I	403	92.497.576,97
Umsatzersatz Nov.	399	110.031.938,83
Umsatzersatz Dez.	231	37.935.730,57
Umsatzersatz Ind.	13	5.566.274,31
Verluſtersatz	76	41.415.685,53
Verluſtersatz II	38	7.606.933,28
Verluſtersatz III	1	144.570,58
Gesamtergebnis	3.964	586.251.356,00

Darüber hinaus liegen im Sinne der Anfragestellung keine Daten im BMF vor.

Zu 5. bis 7.:

Bis dato sind über die Finanzprokuratur beim BMF sieben Aufforderungen nach § 8 AHG eingelangt, mit denen jeweils aus dem Verhalten der COFAG gegen die Republik Österreich (Bund) Amtshaftungsansprüche abgeleitet werden. Davon bezieht sich eine Aufforderung ausdrücklich auf die in der parlamentarischen Anfrage thematisierten

Unternehmensverbünde. Alle Aufforderungen haben bis jetzt zu keiner Klage gegen die Republik Österreich (Bund) geführt.

Bis dato gibt es keine gerichtsanhängigen Amtshaftungsfälle.

Zu 8. bis 10.:

Bis zum Stichtag 29. Jänner 2024 wurden zwei zivilrechtliche Klagen gegen die COFAG eingebracht. Da diese Verfahren noch anhängig sind, sind der COFAG bisher nur die Kosten für die damit zusammenhängende Rechtsvertretung entstanden.

Zu 11. und 13.:

Eine vollständige Erledigung aller offenen Förderanträge ist unabhängig vom avisierten Abbau der COFAG und Rückübertragung der Fördervergabe in die staatliche Verwaltung in Entsprechung des Erkenntnisses des VfGH zu G 265/2022 vom 5. Oktober 2022. Mit 30. Juni 2024 ist eine Übertragung dieser Tätigkeit an die Bundesverwaltung geplant.

Kostenschätzung im Sinne der Anfrage liegen im BMF nicht vor, es wird von einer Abwicklung im Sinne des Zeitplans ausgegangen.

Zu 12.:

Die Genehmigungsentscheidung der Kommission vom 10. August 2023 zu SA.108173 würde die Einholung von zusätzlichen Informationen zur Umwidmung von Beihilfen der COFAG bis längstens 31. Dezember 2024 gestatten. Eine frühere Abwicklung der COFAG stünde einer positiven Erledigung von Anträgen zur Umwidmungen nicht entgegen. Wie in der Beantwortung der Frage 11. ausgeführt, würde ab einem bestimmten Stichtag die Zuständigkeit jedoch von der COFAG auf die staatliche Verwaltung übergehen. Entscheidend für eine Umwidmung von überhöhten Beihilfen im Unternehmensverbund sind jedoch nicht Umstand oder Zeitpunkt der Abwicklung der COFAG.

Zu 14. und 16.:

Es wird auf die Beantwortungen der Fragen 1., 11. und 12. verwiesen.

Zu 15.:

Gemäß beihilfenrechtlicher Bestimmungen sind unrechtmäßig ausbezahlte Beihilfen mit Zinsen zurückzufordern (siehe insb. Art. 16 Verordnung 2015/1589 vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Art. 108 AUEV (Verfahrensverordnung), sowie die Bekanntmachung der Kommission über die Rückforderung rechtswidriger und mit dem Binnenmarkt unvereinbarer staatlicher Beihilfen (C/2019/5396) vom 23. Juli 2019). Diese Zinsen werden bei Ergehen eines Rückforderungsbeschlusses der Kommission in diesem festgelegt, ansonsten sind diese von den Mitgliedstaaten in Anwendung der durch die Rechtsprechung entwickelten Regeln festzulegen.

Der Bundesminister:
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

